

# Sand im Getriebe

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung - Sondernummer  
rtf/.pdf-Version unter [www.attac.de/rundbriefe](http://www.attac.de/rundbriefe) html-Version unter [www.attac.at/sig.html](http://www.attac.at/sig.html) mail an die Redaktion: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)



*Frankreich  
stellt  
die Weichen  
für Europa*

## Nein zu diesem EU-Verfassungsvertrag!

Am 29. Oktober 2004 wurde der EU-Verfassungsentwurf durch die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der EU unterzeichnet. Danach wird in den einzelnen Staaten der Ratifikationsprozess beginnen. Die rotgrüne Bundesregierung hat schon erklärt diesen Prozess möglichst kurz zugestalten.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner wenden uns gegen die Ratifizierung dieses Verfassungsvertrags. Wir lehnen diesen EU-Verfassungsvertrag ab,

- weil mit ihm die - auch von ökonomischen Interessen geleitete - **Militarisierung** der Europäischen Union, bis hin zur globalen Kriegsführungsfähigkeit vorangetrieben wird;
- weil mit ihm der **Neoliberalismus** Verfassungsrang erhält und die EU auf den "Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" verpflichtet wird. Soziale Belange und Beschäftigungspolitik werden der Wettbewerbspolitik untergeordnet. Die Finanzmittel für die Um- und Aufrüstung der EU-Armeen sowie für neue Kriege werden auch durch den Abbau von Sozialsystemen in den EU-Mitgliedstaaten erkaufte;
- weil eine **antisoziale Ordnung** in der EU festgeschrieben wird, indem die sozialen und gewerkschaftlichen Grundrechte in der EU-Grundrechtecharta durch beigefügte Erläuterungen noch weiter ausgehöhlt und ihrer Wirksamkeit beraubt werden;
- weil **imperiale Machtpolitik** nach außen und innen festgeschrieben wird, bei Abstimmungen im Europäischen Rat und im Ministerrat gibt es ein Übergewicht der großen Länder vor allem Deutschlands.

Wir rufen zum Protest und Widerstand gegen diesen EU-Verfassungsentwurf auf.

**Um zu verhindern, dass dieser Vertrag in Kraft tritt, unterstützen wir eine große öffentliche Kampagne, die die Bevölkerung über die Inhalte dieses Vertrages aufklärt.**

Die Unterschriften zu diesem Text werden am 5. Mai in Straßburg übergeben; <https://www.attac.de/eu-verfassung/>

**"JA zu Europa - NEIN zur EU-Verfassung!"**

**Demonstration, 5. Mai, 14 Uhr Kehl – Strasbourg**

**Wir bilden gemeinsam ein großes NON auf der Europabrücke und unterstützen damit die französische NON-Kampagne beim Referendum in Frankreich am 29. Mai 2005!**

Weitere Infos: <http://www.attac.de/eu-verfassung/strassburg.php>

# ATTAC Frankreich

*Nicht nur für diejenigen, die französisch lesen können, lohnt sich ein Blick auf die Internetseite von attac Frankreich: [www.attac.fr](http://www.attac.fr). Wir haben aus der Fülle von Material zwei Texte gewählt, die in der Mitgliederzeitschrift „Lignes d’attac“ veröffentlicht worden sind (Vorabdruck von Sand im Getriebe Nr.43)*

## Das wirkliche Katastrophenszenario: Ein "ja", das in eine beispiellose Krise mündet

Weil anlässlich des Referendums zur Unterzeichnung der europäischen "Verfassung" oft auf ein Katastrophenszenario hingewiesen wird, soll davon jetzt die Rede sein: das Katastrophenszenario im Falle eines "Ja"!

### 1. Ein Taschenspielertrick

Man versteht gut, dass der Medef<sup>1</sup>, Nicolas Sarkozy, Pascal Lamy, Tony Blair, Silvio Berlusconi und alles was Europa an Liberalen und Sozialliberalen zählt, begeisterte Anhänger des "Ja" sind. Denn diese Abstimmung macht es ihnen möglich, gleich zwei Ziele zu verwirklichen:

- Nachträglich und in einem Aufwasch alle zurzeit gültigen liberalen Bestimmungen absegnen zu lassen, wie sie im dritten Teil der "Verfassung" aufgezählt sind: Primat der Konkurrenz, Privatisierung der Unternehmen und der öffentlichen Dienstleistungen, Förderung der Betriebsverlagerungen durch Sozial- und Steuerdumping, etc. Zu den meisten dieser Bestimmungen sind die Bürger niemals befragt worden, und wenn sie befragt worden wären, hätten sie ihren entschiedenen Widerspruch geäußert.

- Diese Bestimmungen zweifach unumkehrbar zu machen: einerseits, indem man ihnen einen "verfassungsmäßigen" Rang verleiht, andererseits, indem man jegliche Möglichkeit einer "Verfassungs"-Änderung dank der Einstimmigkeitsvorschrift blockiert.

Es handelt sich hier um einen echten Taschenspielertrick, auch um einen meisterlichen Coup, eingefädelt von Valéry Giscard d'Estaing, den Präsidenten der Konvention für die Zukunft Europas! Man versteht nicht, dass Parteien oder Gewerkschaften, die die soziale Umgestaltung auf ihre Fahnen geschrieben haben, in voller Kenntnis der Dinge beschließen, sich die Fesseln anzulegen, die ihnen die Verwirklichung ihrer Ziele verbieten - es sei denn, man unterstellt ihnen masochistische Triebe.

### 2.- Politische Verleugnung oder Schulterschluss mit Brüssel

Stellen wir uns einmal vor, dass sich in Frankreich bei den Wahlen 2007 eine Mehrheit für den Bruch mit der neoliberalen Politik ergibt. Die aus dieser Abstimmung hervorgegangene Regierung steht sofort vor einer grundlegenden Entscheidung:

- Entweder sie verzichtet gleich auf die Umsetzung ihres Programms unter Hinweis auf im Übrigen sehr reale "europäische Zwänge". Unter hundert Beispielen seien angeführt: Zwänge bezüglich der Finanzierung von Betrieben und öffentlicher Dienstleistungen (bereits bestehend oder noch zu errichten) oder Zwänge bezüglich des Haushalts. In diesem Fall verrät die Regierung den Willen des Volkes, der sich gerade kundtut, und bestätigt die Thesen von der "Machtlosigkeit" der Politik und der Unmöglichkeit jeglicher Veränderung. Wenn sie so handelt, untergräbt sie die Fundamente der repräsentativen Demokratie und öffnet dem Rechtsextremismus die Straße.

- Oder diese Regierung versucht ihr Programm zu verwirklichen, das notwendigerweise frontal gegen die höherrangige Norm der EG verstößt ("mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb") sowie gegen die meisten Bestimmungen, die im dritten Teil der "Verfassung" enthalten sind. Sie steht dann der "Hüterin der Verträge" gegenüber, also der Europäischen Kommission. Dass diese unter der Präsidentschaft von José Manuel Barroso geradezu karikaturhaft ultraliberal und pro-atlantisch ist, trägt dazu bei, den Schulterschluss mit Brüssel symbolisch auszuweiten..

Im einen wie im anderen Fall bedeutet dies den Beginn einer beispiellosen europäischen Krise. Das Risiko ist dann groß, dass sich die Ablehnung der europäischen Politik auf die europäische Idee an sich ausdehnt. Die Neo- und Sozialliberalen sind dabei, sich wie Zauberlehrlinge zu verhalten: sie verbieten faktisch jegliche Veränderung, sie wollen mit aller Kraft den Deckel des Dampfkochtopfs verriegeln, setzen sich damit aber der Gefahr aus, dass der Druck im Innern ihnen den Deckel um die Ohren fliegen lässt. Ihre nahezu absolute Kontrolle der großen Medien sowie das Unwissen, das sie - absichtlich oder nicht - über den Inhalt und die Konsequenzen der "Verfassung" aufrecht erhalten - von der sie eine geschönte Version präsentieren - können ihnen ein trügerisches Gefühl von Sicherheit geben. Bis zum Ablehnungstsunami der EG-Politik durch das Volk...

### 3.- Der unüberschreitbare Horizont des Pascal Lamy

Gegenüber den neoliberalen Dogmen befinden sich die Völker der Mitgliedstaaten der EG in einer Situation der "beschränkten Souveränität", genauso beschränkt wie die Souveränität der ehemaligen "Volksdemokratien" gegenüber der UDSSR. Um sich davon zu überzeugen genügt es, das Programm für ein hypothetisches "Soziales Europa" zu lesen, das auf Bitte des Parti socialiste européen (PSE) von einer von Pascal Lamy geleiteten Kommission ausgearbeitet wurde. (Der Name Pascal Lamy ist für sich schon ein ganzes Programm.) Dieses Dokument, das von einem Sieg des "Ja" ausgeht, wurde am 27. November letzten Jahres den in Madrid versammelten Vorsitzenden der sozialistischen Parteien vorgelegt.

Keine der vorgeschlagenen Maßnahmen ist so gestaltet, dass sie das Gesicht eines im Neoliberalismus verankerten Europa verändern würde, wenngleich die eine oder andere Maßnahme nicht gänzlich ohne Interesse ist. Denn wer könnte gegen eine einheitliche Vertretung der Euro-Zone in den internationalen Gremien bis 2013 sein; gegen die Verdoppelung des europäischen Forschungsbudgets oder gegen die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien von 6% auf 12% bis 2010?

Die "gewagtesten" Maßnahmen bleiben auf dem Niveau der sprachlichen Ausgestaltung, der redaktioneller Änderungen oder dienen dazu, zumindest in kleinstem Ausmaß als "links" zu erscheinen: es ist die Rede davon, die „Strategie von Lissabon“ umzutauften in "Europa voranbringen"; eine Richtlinie über die öffentlichen Dienstleistungen zu verabschieden (aber ohne sie von den Regeln der Konkurrenz zu befreien); ein Kommuniqué über die industrielle Zukunft Europas vorzulegen; die Richtlinie über die Arbeitszeit zu überprüfen (zur Zeit öffnet sie die Türe zu einer 65 Stundenwoche - das lässt noch Spielraum!); bis 2007 eine Harmonisierung der steuerlichen Bemessungsgrundlage für Gesellschaften vorzuschlagen, aber keine Harmonisierung der Steuer selbst, die allein geeignet wäre, das Steuerdumping abzuschaffen!

So sieht der unüberschreitbare Horizont eines "Sozialen Europas" nach einem "Ja" für Pascal Lamy und die PSE aus, der nicht einmal von allen Mitgliedern akzeptiert ist. Zweifel ist erlaubt, dass dieses Programm einen Traum lässt und dass es ausreicht, die Explosion des Dampfkochtopfs zu verhindern...

1) Medef = **M**ouvement des **E**ntreprises **d**e **F**rance; entspricht dem Bundesverband der Deutschen Industrie.

# Für einen neuen demokratischen Aufschwung Europas: Ein NEIN, Träger all unserer Hoffnungen

Die Leader der UMP (2) , UDF(3), der Mehrheit der PS und der Grünen, zusammen mit den großen Medien, führen eine Desinformationskampagne, die die Ängste der Öffentlichkeit heraufbeschwört statt an die Vernunft zu appellieren : Jeden Tag kann man es in verschiedenen Schattierungen hören und lesen : Europa würde sich von einem NEIN nicht erholen, wir wären wieder auf den „unheilvollen“ Nizza-Vertrag angewiesen, usw. Das erinnert an die „Ohne mich der Chaos“ aus früheren Zeiten (4)

## 1.- Nichts brennt, keine Ursache zur Panik: das Leben in der EU geht weiter!

Was passiert in Wirklichkeit, wenn Frankreich- oder ein anderes Land- eine Ratifizierung der europäischen „Verfassung“ ablehnt ? Auf juristischer Ebene : nichts und wieder nichts. Der am 1. Mai 2004 in Kraft getretene Nizza- Vertrag (diese Tatsache verschweigen die Befürworter des JA sorgfältig), sowie alle bisherigen Verträge, bleiben bis 2009 in Kraft – gewisse Bestimmungen sogar bis 2014.

Beiläufig gesagt : jener Nizza-Vertrag wird heute gerade von dessen Unterzeichnern (Jacques Chirac und Lionel Jospin) als unheilvoll“ bezeichnet ... Dieselben haben ihn im Dezember 2000 noch als einen großen Erfolg gepriesen... Jedenfalls hemmt er keineswegs das Funktionieren der EU, wie wir jeden Tag sehen können.. Es gibt also keinen Grund für Eile noch für Panik

## 2. Die Regierungen werden von selbst einen neuen Vertrag fördern, und möglichst bald.

Aus einer Ablehnung der „Verfassung“ würde dagegen eine neue, hoffnungsträchtige politische Situation entstehen : Man müsste nämlich einen neuen Vertrag aushandeln , der die eben kundgegebene antiliberalen Gesinnung in Betracht ziehen müsste. Einige behaupten : „Die anderen Regierungen werden neue Verhandlungen ablehnen.“ Das stimmt aber nicht, denn die Inkraftsetzung des zusammen mit den anderen zurückgewiesenen ersten Teils der „Verfassung“ ist für alle von vitalem Interesse. In diesem Teil werden nämlich die institutionellen Verfahren der EU rationalisiert , was tatsächlich ein wirkungsvolleres Funktionieren erlaubt .Gerade jene Regierungen werden zu neuen Verhandlungen um einen neuen Vertrag drängen.

Wahrscheinlich werden sie sich auf einen nur den ersten Teil beinhaltenden Text zurückziehen, denn es ist der einzige mit einem "konstitutionellen" Charakter. Sie werden gezwungen sein, den dritten Teil aufzugeben. Denn der Mindestpreis, den sie entrichten müssten, wäre der Verzicht auf die Festlegung der neoliberalen Politiken als Bestandteil einer Verfassung. Aber aus Furcht vor einem neuerlichen „Nein“ wären auch im ersten Teil Fortschritte möglich, insbesondere durch die Festlegung der öffentlichen Dienstleistungen als Werte und Ziele der EU.

## 3.- Wir wollen sofort ein soziales Abkommen!

„Sobald die Verfassung ratifiziert ist werden wir uns zusammen mit den anderen sozialdemokratischen Kräften ans Werk setzen

und ein neues, diesmal soziales Abkommen ausdenken“ - so der PS. Diese Aufgabe wurde Pascal Lamy anvertraut Das ist reiner Hohn. Wenn es dabei nicht nur um die Verabschiedung des Minimalprogramms des ehemaligen UE-Kommissars geht, ist es unvorstellbar, dass Tony Blair und Silvio Berlusconi, nachdem ihnen die Erhebung des Neoliberalismus zum Verfassungsrang gelungen ist , auf ihren Sieg verzichten und wirklich „sozial“ werden, wo sie nichts dazu zwingt.

Im Gegensatz, wird die Verfassung abgelehnt, so würden durch den Druck des "NEIN", die Bedingungen geschaffen, um zu versuchen sofort dieses erwähnte Sozialabkommen zu schaffen, welches die institutionellen Maßnahmen des ersten Teils der aktuellen Verfassung ergänzen würde. Mit anderen Worten :Wenn die PS immer noch an ihre Wahlkampagne-Parolen bei den "Europawahlen –„ Und jetzt das soziale Europa" glaubt, dann bedeutet das "NEIN" die einzige Chance, es in die Tat umzusetzen.

Wenn aber im Gegensatz das "JA" siegen würde, bedeutete "jetzt" in 10, 20, sogar 50 Jahren, wie es Valéry Giscard d'Estaing voraussagte. Wären sie in ihrem ausgedrückten Ehrgeiz konsequent, müsste die PS Leader sowie jene von den Grünen für ein "NEIN" stimmen, das ein neues Spiel eröffnen würde.

## 4. Wer hat Angst vor der Demokratie?

Um so mehr, als die europäischen Sozialbewegungen sich dann für ein soziales Abkommen mobilisieren könnten.

Das ist heute noch nicht der Fall und dies ist leicht erklärlich. Außer in Frankreich und in Belgien wurde die Verfassung der öffentlichen Meinung nicht zur Debatte gestellt. Die Regierungen, ob sozialistisch , liberal oder konservativ, christlich-demokratisch vereinbarten die "heilige Allianz" um den neoliberalen Inhalt zu verschweigen. Mit Ausnahme der französischen PS (und unter dem medialen Knüppel, den wir kennen), haben die gewerkschaftlichen und anderen Vertretungen, die zum "JA" aufrufen, es unterlassen, ihre Anhänger vorher zu befragen. Vorsichtigerweise bevorzugten sie es, die Entscheidung ihren höchst berechenbaren Führungsgremien zu überlassen ?

Der Sieg des "NEIN" würde es ermöglichen, diesen Bleideckel endlich zu lüften und in allen europäischen Ländern drei demokratischen Forderungen durchzusetzen:

- Durchführung einer wirklich kontroversen Debatte zum europäischen Projekt;
- Befragung der Mitglieder aller Organisationen, welche zum künftigen Abkommen Stellung nehmen;
- Durchführung einer Volksabstimmung in jedem Land, in dem die Möglichkeit schon vorhanden ist und wo nicht, sollte die nationale Verfassung entsprechend geändert werden?

Die Befürworter des "JA" verhalten sich, als empfänden sie eine zweifache Angst : erstens , dass die Bürger sich den Inhalt des Vertrags tatsächlich aneignen, denn erfahrungsgemäß ist das nicht von Vorteil für diesen Vertrag. Und zweitens , dass jene Bürger direkt darüber abstimmen

Für ATTAC ist die demokratische Frage untrennbar mit der europäischen Frage verbunden. Auf diesen beiden Gebieten fordert die Vereinigung die "JA"-Anhänger auf, mit ihm in den großen Medien zu debattieren.

**Zur EU Verfassung erscheinen ebenfalls in SiG 43 Anfang Mai: Beiträge aus attac Schweiz, Österreich; Wissenschaftlicher Beirat Deutschland u.a.m**

## Erklärung des Ratschlags von ATTAC Deutschland, 24.4.2005

### *Liebe Freundinnen und Freunde in Frankreich!*

Wir - die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Ratschlags (der Vollversammlung) von Attac Deutschland – unterstützen eure Kampagne für ein solidarisches und soziales Nein zur EU-Verfassung.

Wir danken euch für euer vorbildliches Engagement, das ihr für die Menschen in ganz Europa leistet und werden euch mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Auch in Deutschland formiert sich der Widerstand gegen diesen Verfassungsvertrag.

Wir lehnen ihn ab, weil er

die Militarisierung Europas fördert die neoliberale Wirtschaftsordnung festschreibt, demokratische Grundrechte abbaut dem Sozialabbau weiter Vorschub leistet und Europa gegenüber Migrantinnen und Migranten abschottet.

In diesem Sinne ist dieser Verfassungsvertrag ein Projekt, das den Bedürfnissen der Menschen in Europa und weltweit zuwiderläuft **Wir treten ein für ein soziales, solidarisches, demokratisches, ökologisches und friedliches Europa.**

**Wir rufen alle Attac-Aktive auf, den Widerstand gegen die EU-Verfassung zu verstärken.**

\* Unterstützt die Kampagne "Les Faces du "NON" \*

Kommt zur internationalen Demonstration auf der Europabrücke Kehl-Strasbourg am 05. Mai 2005

Wir brauchen eine breite öffentliche Debatte. Richtet an die Bundestagsabgeordneten die Forderung, sich für ein Aussetzen der Ratifizierung einzusetzen.

Beteiligt euch an den Protestaktionen anlässlich der für den 12. Mai 2005 geplanten Ratifizierung im Bundestag.

**Die internationale Kampagne "Les faces du NON"** <http://www.attac.de/faces-du-non/index.php>

s. auch: **Erklärung von ATTAC Schweiz:** [http://www.schweiz.attac.org/article.php3?id\\_article=578](http://www.schweiz.attac.org/article.php3?id_article=578)

### Zur EU-,Verfassung“ und zu den sozialen Bewegungen in Europa

#### *- Auswahl von Texten aus „Sand im Getriebe“-*

#### **Sand im Getriebe Nr 40**

##### **Nein zum Entwurf der europäischen Verfassung**

Norman Paech Eine Europäische Verfassung – für wen?

AG Gender und Globalisierung, Im Namen der

Frauenrechte: Nein zu diesem Europa

Erklärung: "Nein zu diesem EU-Verfassungsvertrag!"

##### **Drittes Europäisches Sozialforum**

Verwaltungsrat attac Frankreich Bilanz und Perspektiven des europäischen Sozialforums

Stimmen zum ESF aus Deutschland und Österreich

Konferenz der Zivilgesellschaft Zentral- und Osteuropas

#### **Sand im Getriebe Nr 38**

Attac Frankreich Kampagne gegen die EU-Verfassung

German foreign policy EU-Militärstrategie: Studie sieht den Einsatz von Atomwaffen vor

#### **Sand im Getriebe Nr 36**

Stanislaw Raczka Attac und die EU-Osterweiterung aus polnischer Sicht

Matthias Benyik Die EU-Erweiterung und Ungarn

Verwaltungsrats von Attac Fr Nach den Europawahlen vom 13. Juni

Komitee für Grundrechte und Demokratie Zur Militarisierung der EU

#### **Sand im Getriebe Nr 35**

Ingo Schmid EU-USA – Harmonie oder Bruch?

ATTAC Schweiz Dreimal Nein zum Sozialkahltschlag

ATTAC Schweiz Nein zum Steuerpaket

#### **Sand im Getriebe Nr 29**

ZWEITES EUROPÄISCHES SOZIALFORUM: Berichte, Einschätzungen und Beschlüsse

Anne Karras Der Weg zur Verfassung

Attac Frankreich Ein Vertrag von immenser Tragweite, der die Durchführung eines Referendums erfordert

Attac Frankreich Die 21 Forderungen von Attac für den "Verfassungsvertrag" (Diese sind nach der Bekanntgabe der letzten Fassung der EU-Verfassung geringfügig verändert worden, Anfang Mai werden die Änderungen eingebaut.

Tobias Pflüger Militarismus als Verfassungsprinzip

Bundesausschusses Friedensratschlag Die Europäische Union wird nicht wieder zu erkennen sein

Mirjana Dokmanovic Überblick über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation von Frauen in den

"Reform"ländern

### **Lesenswertes zur EU-,Verfassung“:**

Newsletter Nr 7 der EU-AG von Attac

[http://www.attac.de/eu-ag/menu\\_ausgabe.php?menu\\_id=207](http://www.attac.de/eu-ag/menu_ausgabe.php?menu_id=207)

Reader zur Konferenz "EU global - fatal?!" in Stuttgart, 2005

<http://www.attac.de/aktuell/reader-global-fatal.php>

[www.eu-verfassung.com](http://www.eu-verfassung.com), :

ww. imi-online.de

ww.friedensratschlag.de